

Neoliberalismus am Ende?

Immanuel Wallerstein sagte auf dem Weltsozialforum in Mumbai, im Januar 2004, das kapitalistische System sei dabei zusammenzubrechen. "Vielleicht wird es noch 25 Jahre dauern, bis es vollends zusammenbricht, aber der Zusammenbruch hat angefangen." (vgl. Infobrief Nr. 15 S. 8). Er hält zwar den Kapitalismus für ein "bemerkenswert erfolgreiches System", was seine fundamentalen Ziele betrifft, nämlich die unendliche Kapitalakkumulation. Aber er zweifelt nicht an seinem baldigen Ende.

Ich bin nicht so optimistisch wie Wallerstein. Ich halte es für richtiger, zunächst einmal zu fragen, ob es Anzeichen dafür gibt, dass die neueste Phase dieses Systems, der globalisierte Neoliberalismus an sein Ende gekommen ist. Wo sind Zeichen seines Zusammenbruchs auszumachen?

Hier ist zunächst festzustellen, dass dieses System, das die ganze Welt für die schrankenlose Ausbeutung durch die großen Konzerne und Banken geöffnet hat, schon seit einiger Zeit **moralisch** am Ende ist. Es hat die Versprechungen, mit denen es angetreten war, nicht eingehalten. Der "freie Markt" mit den Säulen Globalisierung, Liberalisierung, Privatisierung und universeller Konkurrenz hat nicht nachhaltiges Wachstum, Arbeitsplätze, Wohlstand für alle, Demokratie, Gleichheit, Freiheit und Entwicklung geschaffen. Im Gegenteil, in allen Ländern, im Süden wie im Norden, ist die Kluft zwischen den oberen und den unteren Schichten der Gesellschaft größer als vor Beginn der neoliberalen "Reformen". Selbst in Ländern wie den USA und Deutschland wurde die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt. Mehr noch, je mehr die Profiteure dieser neoliberalen Globalisierung nach oben steigen, umso mehr werden die Verlierer dieses Systems nach unten gedrückt.

Butterwegge drückt diesen Zusammenhang richtig im **Bild eines Paternosters** aus: Die einen steigen auf, **weil** andere nach unten absinken (Infobrief Nr. 14). Mehr und mehr Menschen haben begriffen, dass es sich bei dem, was die rotgrüne Regierung, aber auch die CDU-Opposition schönfärbend Wirtschaftsreformen nennen, um eine Umverteilung von unten nach oben handelt, die jeder sozialen Gerechtigkeit spottet. Sie verstehen meistens aber (noch) nicht, was diese Demontage des Sozialstaates mit der neoliberalen Globalisierung zu tun hat.

Dennoch können wir sagen, dass dieses System bereits jetzt weltweit viel von seiner Legitimation verloren hat. Es wird zunehmend als diktatorische Herrschaft der Starken über die Schwachen gesehen.

Was diese Legitimation jedoch mehr als alles andere unterminiert hat, sind die neuen Kriege, die wir seit dem Krieg in Jugoslawien erleben. Es waren und sind Aggressionskriege der ökonomisch und militärisch stärksten Länder gegen schwache. Die Starken sind alle Länder, die den Neoliberalismus treu befolgt haben. Wieso brauchen sie heute wieder Kriege? Warum reichen die Abkommen der WTO nicht aus, um die Welt nach neoliberalen Regeln umzustrukturieren?

Dieses "moralische Ende" des Neoliberalismus wird seit langem angeprangert von vielen Protestbewegungen gegen die Globalisierung, auf nationalen und internationalen Sozialforen, von Attac, in verschiedenen Aktionen der Zivilgesellschaft gegen die diversen Gipfeltreffen der "Global Players", der WTO, der G7, der Weltwirtschaftsforen von Davos usw. Auch in zahllosen Bürger-Aktivitäten auf kommunaler Ebene findet diese De-Legitimierung statt. In vielen Städten Deutschlands sind z.B. die dubiosen Cross Border Leasing-Geschäfte durch Bürgerentscheide gestoppt worden. Inzwischen haben in 40 deutschen Kommunen solche Bürgerinitiativen diese CBL-Geschäfte gestoppt oder verhindert. (Rügemer 2004). Selbst in den USA gibt es inzwischen Gesetzesinitiativen, diese Form der Steuerhinterziehung zu verbieten.

Ein entscheidender Beweis für den moralischen Bankrott dieses Systems ist jedoch der Zusammenbruch der Verhandlungen bei dem 5. Ministertreffen der WTO in **Cancun**, Mexiko im September 2003. Vor allem Kleinbauern aus Ländern des Südens verhinderten, dass die versammelten Handels- und Wirtschaftsminister der WTO-Mitgliedsländer die Politik des globalen Ausverkaufs an die Konzerne noch um eine Runde weiter drehen konnten. Wie in Seattle 1999 mussten die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden. In Cancun entstand der Block der 20 + Drittweltländer, die sich gegen die US und EU – geführte neoliberale Politik zusammen geschlossen hatten.

Seither kommt die multilaterale Freihandelspolitik nicht mehr so recht voran. Die WTO existiert natürlich weiter als Institution in Genf. Dort wird auch, wie bisher unter Ausschluss der Öffentlichkeit, weiter verhandelt, z.B. um die weitere Liberalisierung des Agrarhandels und um das GATS. Doch das Land, das sich bisher am vehementesten für den weltweiten Freihandel im Rahmen der WTO eingesetzt hat, die USA, scheinen sich selbst immer weniger um die multilateralen Regeln dieser Institution zu kümmern. Sie haben nicht nur Einfuhrzölle auf Stahl erhoben, um ihre Konzerne und Arbeiter vor der Konkurrenz billiger Produkte aus dem Ausland zu schützen – eine Todsünde im Rahmen des globalen Freihandels –, sie haben darüber hinaus mit einer Reihe von Ländern und Regionen bilaterale Handelsverträge abgeschlossen, um so ihre eigenen, nationalen Interessen zu wahren. Sie drohen gar, sie würden in Zukunft noch mehr bilaterale Abkommen abschließen. Auf diese Weise umgehen sie einfach das schwerfällige Regelwerk der WTO und ihrer Streitschlichtungsstelle und machen Handelspolitik ohne Rücksicht auf multilaterale Regeln. Auch Verträge mit regionalen Ländergruppen wie das Free Trade Agreement of the Americas (FTAA) dienen ungeniert US-amerikanischen Interessen und entsprechen nicht den multilateralen Regeln der WTO. Dass es sich hier nicht um Versehen handelt, beweist auch die Tatsache, dass der US-Kongress ein Gesetz erlassen hat, das Firmen, die Arbeitsplätze ins Ausland verlagern, von Staatsaufträgen ausschließt. Der Demokratische Präsidentschaftskandidat Kerry verspricht darüber hinaus, bei seinem Wahlsieg ein Gesetz zu erlassen, das die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland verbietet.

Die EU, die die neoliberale Wirtschafts- und Handelsdoktrin schon vor dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA, 1994) in den EU-Verträgen von Amsterdam und Maastricht verankert hat und nach Gründung der WTO (1995) den Neoliberalismus zur Grundlage für die Wirtschaftspolitik der EU-Mitgliedsländer gemacht hat, folgt nach Cancun zunehmend auch den USA in bezug auf den Abschluss bilateraler und regionaler Verträge.

Bedeutet dies nun tatsächlich, dass sich die USA und die EU vom Multilateralismus und vom Neoliberalismus verabschieden wollen? Oder kann man die Kehrtwende gar als Erfolg der internationalen Protestbewegung deuten?

Hier ist Vorsicht angebracht. Mit Recht bemerkt German Watch, die Drohung der USA und der EU, stärker zum System bilateraler und regionaler Verträge zurückzukehren, sei zwar ernst zu nehmen, dies dürfe aber nicht als Alternative zum multilateralen Agieren der Großmächte missverstanden werden. Bilaterale und regionale Verträge seien eine Ergänzung, aber keine Alternative zum Multilateralismus der WTO. Sie fungierten teilweise als Erpressungsinstrument gegenüber widerständigen Entwicklungsländern (German Watch: Blickpunkt Welthandel, Jg. 2, Nr.2, S. 11).

Wir können dieses Hin und Her zwischen Multilateralismus, Unilateralismus und Bilateralismus jedoch als Rückkehr zu einer Politik der "Selbstmandatierung" verstehen. Der Begriff der Selbstmandatierung taucht im Zusammenhang mit den Neuen Kriegen im Kosovo, in Afghanistan und im Irak auf. Ohne Rücksicht auf das durch die UNO garantierte multilaterale Völkerrecht beschlossen die NATO und die Bush-Regierung Aggressionskriege gegen diese Län-

der. Die Begründung der Bushregierung für die Selbstmandatierung ist der Bezug auf die eigenen Interessen (vgl. Mies 2004).

In ähnlicher Weise scheint der Wechsel vom Multilateralismus zum Uni- und Bilateralismus zu funktionieren. Dient es den ökonomischen Interessen der eigenen Industrie, wird mal das eine mal das andere favorisiert. Das Ziel des Ganzen bleibt allemal dasselbe: die weitere, ungebremste Kapitalakkumulation. Diese ist und bleibt das Hauptziel. Auch der Neoliberalismus wird durch diese "Mehrebenen-Strategie" (German Watch) noch nicht aufgehoben.

Dennoch müssen wir fragen, ob diese Strategie der Selbstmandatierung zumindest den stärksten Wirtschaftsmächten der Welt, den USA und der EU, geholfen hat, aus der langandauernden Krise aufzusteigen und der Weltwirtschaft einen neuen Aufschwung zu bescheren. Es sieht bisher nicht danach aus.

Die USA stecken im Morast eines Guerillakrieges im Irak und sind bisher nicht in der Lage, die "Kriegsdividende" (Kontrolle über die Ölressourcen, Wirtschaftsaufträge, neue Märkte) auf die sie gehofft hatten, zu realisieren. Die Kriegskosten sind weit über das hinaus gestiegen, was die Bush-Regierung ursprünglich geplant hatte. Um die Kosten zu decken, haben sich die Amerikaner nun wieder hilfesuchend an die (multilaterale) Völkergemeinschaft gewandt. (Geberkonferenz in Madrid im Herbst 2003) Außerdem sieht sich die Regierung gezwungen, weiterhin Schulden zu machen, um die Kosten zu zahlen, Arbeitsplätze zu schaffen und den Konsum anzukurbeln. Die USA sind mit 550 Milliarden US Dollar das am meisten verschuldete Land der Welt (Mies 2004, S.147).

Winfried Wolf nennt das, was die Bush-Regierung so praktiziert, "Kriegskeynesianismus" (Wolf 2003, S. 196-197). Unter Kriegskeynesianismus sind die riesigen Staatsausgaben zu verstehen, die zur Förderung der Rüstungsindustrie und zur Deckung der Kriegskosten notwendig werden. Sie basieren alle auf Staatsschulden. Neben der Notwendigkeit dieser Ausgaben für die Industrie und den Krieg erwartet die Bush-Regierung von dieser Politik die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Ankurbelung des Konsums.

Vor allem hatte die US-Regierung gehofft, dass die Kriege gegen Afghanistan und den Irak ihnen die Kontrolle über die wichtigsten Ölvorkommen am Kaspischen Meer und am Persischen Golf sichern würden. Nach Wolf erhält eine solche Politik "eine noch größere innere Logik, wenn sie zur Ankurbelung der von Krisentendenzen gezeichneten Ökonomie genutzt werden kann, wenn also Krise, Öl und Krieg als unlösbarer Zusammenhang präsentiert werden" (Wolf 2003, S. 199).

Wieweit diese Rechnung tatsächlich und langfristig aufgeht, bleibt abzuwarten. Wir können jedoch jetzt schon feststellen, dass auch Kriege die ökonomischen Probleme der neoliberalen Großmächte nicht lösen - trotz Kriegskeynesianismus. Der Irak-Krieg und die Drosselung der Fördermenge durch die OPEC führten zur Ölpreiserhöhung auf dem Weltmarkt. Dies tut ein übriges, um die Hoffnungen auf eine Behebung der weltweiten Krise zu dämpfen. Hinzu kommen neue Bedrohungsszenarien wie z.B. Klimakatastrophen als zukünftige Kriegsauslöser, an die bisher nicht gedacht wurde.

Entscheidend für ein Ende des neoliberalen Kapitalismus bleiben letzten Endes jedoch die Bewegungen zur Ent-Kolonisierung der eigenen Ökonomien von der Herrschaft der Großkonzerne. Der Bericht Vandana Shivas über die Parlamentswahlen in Indien 2004 zeigt, dass die Armen die neoliberalen Versprechungen nicht glauben. Nach Vandana Shiva waren diese Wahlen eine klare Absage an die neoliberale Globalisierung, die die Armen Indiens der bis dahin herrschenden Regierung erteilt haben. Sie wissen, dass sie es sind, die die Kosten für die geplanten Superautobahnen, Autos, Staudämme und den Ausverkauf der indischen Flüsse an westliche Konzerne zu zahlen haben (Shiva 2004, i. diesem Heft).

Auch in Südamerika protestiert die Landlosenbewegung MST, die Via Campesina und viele Menschen nicht nur gegen die multilaterale WTO sondern auch gegen das FTAA, das einseitig den Interessen der USA dient.

Wenn die subjektiven Faktoren, die sozialen Bewegungen von unten, mit den objektiven inneren Widersprüchen und Schwächen des neoliberalen Systems zusammenkommen, kann dies sehr wohl das Ende dieses Systems bedeuten. Ob es aber auch das Ende des Kapitalismus bedeutet, wie Wallerstein hofft, ist jedoch offen. In Deutschland können wir jedenfalls feststellen, dass der Misserfolg der SPD bei den Europawahlen mehr denn je die Frage nach einer Alternative auf den Tisch gebracht hat. Dabei fällt den Leuten innerhalb der SPD aber auch in den Protestbewegungen gegen den Neoliberalismus – Attac und Sozialforen – meist nichts anderes ein als die Rückkehr zum Keynesianismus. Hier müssen wir bedenken, dass der Keynesianismus nicht erfunden wurde, um den Kapitalismus abzuschaffen sondern zu reformieren. Saral Sarkar bezweifelt, dass eine solche „Reform“ heute noch möglich ist (Infobrief Nr. 10).

Literatur

- Bello**, Walden 2000 "Von Melbourne nach Prag." Der Kampf für eine de-globalisierte Welt. Infobrief Nr. 10, S. 27; 2002.
- German Watch** (Hf) "Nach Cancun. Internationale Handelspolitik zwischen multilateraler, regionaler und bilateraler Freihandelsstrategie;" in: Blickpunkt Welthandel Jg. 2, Nr.2, S. 10-11.
- Mies**, Maria. Krieg ohne Grenzen. Oder die neue Kolonisierung der Welt; Papy Rossa Verlag, Köln 2004.
- Rügener**, Werner (2004) Cross Border Leasing; Ein Lehrstück zur globalen Enteignung der Städte. Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Wallerstein**, Immanuel . Interview beim Weltsozialforum, Mumbai 2004. Infobrief Nr. 15, März 2004.
- Wolf**, Winfried. Sturzflug in die Krise. Die Weltwirtschaft, das Öl, der Krieg. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2003.

Maria Mies